

AKTIVES MUSEUM

FASCHISMUS UND WIDERSTAND



Geschäftsstelle: Köthener Straße 44 Tel.: (030) 261 76 61 FAX (030) 262 33 19
Konto: Berliner Sparkasse, Kto.Nr. 610012282 · BLZ 100 500 00

Mitgliederrundbrief Nr. 13

Dezember 1991

Liebe Mitglieder, liebe Freundinnen und Freunde,

zum Jahresende noch einmal ein Rundbrief, in dem unsere und andere Aktivitäten dokumentiert werden. Ich hoffe, daß Euch der Inhalt interessiert und möchte vor allem auf dieser ersten Seite allen danken, die unsere Arbeit im vergangenen Jahr mit Rat und Tat, mit Beiträgen, Spenden oder Zuschüssen unterstützt haben.

Auf zwei Veranstaltungen Anfang des nächsten Jahres möchte ich schon jetzt aufmerksam machen und bitten, daß Ihr Euch die Termine vormerkt:

Donnerstag, den 9. Januar 1992, 20.00 Uhr, Martin-Gropius-Bau
Diskussionsveranstaltung über die Zukunft der Gedenkstättenarbeit in Berlin und der Bundesrepublik Deutschland

Mittwoch, den 22. Januar, 20.00 Uhr, Martin-Gropius-Bau
Diskussionsveranstaltung und Befragung des Senators für Kulturelle Angelegenheiten über die Zukunft des Gestapo-Geländes und die zu gründende Stiftung

Die Ausstellung "Mit der Geschichte leben - Ein antifaschistisches Traditionskabinett aus dem Jahre 1986 wird kommentiert" hat die Öffnungszeiten geändert. Sie ist zu sehen:

MO, MI 10.00 - 17.00 Uhr in der Museumswerkstatt im
DI, DO 10.00 - 19.00 Uhr Thälmannpark

Jeden ersten Montag im Monat Gespräch mit den Mitgliedern der Kommentar-Arbeitsgruppe ab 19.00 Uhr - das nächste Mal also am 6. Januar.

In diesem Rundbrief war leider nicht mehr genügend Platz für den Abdruck der vielen Zeitungsartikel und der Besucher-Kommentare. Wir holen das im nächsten Rundbrief nach, der dann vor allem anderen über die Resonanz dieser Ausstellung berichten wird.

Wir von der Geschäftsstelle wünschen allen schöne Feiertage und ein gutes neues Jahr 1992.

Inhaltsverzeichnis

"Untragbar"	S. 1
Dokumentiert: Erweiterungsbau des Berlin-Museums Erfolg der Proteste	S. 3
Dokumentiert: Antworten von Abgeordneten zur Er- klärung des AM über die Ehrenpensionen	S. 4
Feier am Grab von Wilhelm Krützfeld	S. 6
"Auschwitz der Seelen"	S. 11
Dokumentiert; Reden zur Eröffnung der Veranstaltungsreihe gegen Rechtsextremismus und Ausländerfeindlichkeit	S. 12
Martin Becher: Jugendbildungsseminar des Aktiven Museums	S. 16
Vorankündigung; Seminar Frauen im NS	S. 19
Gedenkstätte Haus der Wannseekonferenz	S. 20
Veranstaltungen Januar/Februar im Zusammen- hang mit dem 50. Jahrestag der Wannseekonferenz	S. 24
Andere Veranstaltungen	S. 27
Dokumentiert: Gestapo-Gelände, Gedenkstätten der DDR, Mahnmal-Kontroverse. Zwei Artikel der Allgemeinen Jüdischen Wochenzeitung	S. 28
Spendenaufruf eines Mitglieds für Roma der CSFR	S. 29

Redaktion dieses Rundbriefs: Christiane

Ein städtischer Untersuchungsausschuß habe ihre Weiterbeschäftigung im öffentlichen Dienst als untragbar bezeichnet und ihre sofortige Entlassung empfohlen.

"Untragbar"

Wenn in Deutschland niemand mehr übrig ist, der das Dritte Reich erlebt hat, wenn keiner mehr in Scham oder Trauer daran zurückdenkt, eine Erblast aus jenen Tagen bleibt uns erhalten: in dieser Zeit geprägte oder in allgemeinen Gebrauch gekommene Wörter. Aus aktuellem Anlaß drucken wir hier die wohlbekannte, aber offensichtlich nicht beherzigte Glosse von Gerhard Storz noch einmal ab:

Untragbar

UNTRAGBAR

191

nerhin untragbar« will ihm zumindest beherrscher, gedämpfter klingen als das aus Gespräch und Umgang bekannte, entrüstet hervorgestoßene »unerträglich«: »Untragbar« nimmt sich gemessener, amtlicher aus.

Genau besehen zieht aber die Feststellung »Müller ist untragbar« nicht eigentlich ein Fazit aus der Vergangenheit in dem Sinn, daß Müllers Gewicht, d. h. seine Zumutung an die Organisation, immer größer und schließlich zu groß geworden sei. Eher stellt sie einen aktuellen Sachverhalt fest; noch mehr aber weist sie in die Zukunft. Die Organisation hat sich – wie es auch nun um den Müller im einzelnen bestellt sein mag – entschlossen, ihn nicht länger zu tragen. Er kann nun zusehen, wie er fernerhin aus eigener Kraft durch die Wogen des Daseins schwimmt, und dabei ermessen, wie groß doch der Auftrieb gewesen sei, den er bisher durch die Mitgliedschaft bei der Organisation X. erfuhr. Auf den Müller also werden Verantwortung und Schuld für eine Maßnahme der Organisation abgeladen: er sei nicht tragbar, sagt man, aber verschwiegen wird, daß es die Organisation ist, die ihn ausschließt. Hinter der Vergewaltigung der Sprache, nämlich hinter einer verfehlten Neubildung, steckt also der Instinkt eines Klüngels, eine eigene Maßnahme und den Sinn dieser Maßnahme zu verschleiern. Allein das Wörterbuch – das der Organisation – ist imstande, solche Heuchelei zu entlarven (Schönrednerei, Euphemismus kann man sie nicht nennen, denn sie ist nur falsch, zugleich im Sinne der Grammatik und der Moral, aber nicht schön). Die Möglichkeit, daß jener Klüngel auch einmal positiv entscheiden könne, – diese Möglichkeit besteht gar nicht. Denn im Wörterbuch der Organisation findet man außer »untragbar« nur »eben noch tragbar«, »schwerlich tragbar« – Einschränkungen also, die das Nein eher verschärfen. Einem Mitglied den Bescheid ausstellen, es

Die Ansicht »Karl ist unerträglich« wird von einem Freund, von den Eltern, von den Nachbarn ausgesprochen. Sie enthält eine recht beträchtliche Abwertung, aber schließt weder die gesamte Existenz des Beklagten ein noch seine Besserung aus: Karl ist vielleicht nur so lange unerträglich, als ein bestimmter Gegenstand zur Rede steht – etwa die Kunst – und Karls Unduldsamkeit auf den Stand ruft. Auch kann sich seine Leidenschaftlichkeit mäßigen, sein Geschmack sich ändern. Ferner: weil es sich bei der Unerträglichkeit um die Meinung einzelner Menschen handelt, kann man über sie sprechen. Keinem Karl würde es an Verteidigern fehlen, die etwa die Kompetenz der Objektivität der Urteilenden bezweifeln oder wenigstens die Gültigkeit jener Ansicht begrenzen. Kurz: »Untragbar« gehört in das allgemeine Wörterbuch, d. h. in den Sprachgebrauch sprechender Menschen, wirklicher Personen.

Das Urteil »Wilhelm Müller ist fernerhin untragbar« kommt hingegen nicht aus dem Gespräch, sondern aus dem Protokoll. Sein Urheber ist, wenn nicht eine »Körperhaft des öffentlichen Rechtes«, so doch eine förmlich konstituierte, halbwegs bekannte Gruppe, die eine Macht im öffentlichen Leben darstellt oder darstellen möchte (weshalb gerade sie solche Urteile fällt und in ihnen sich auch ihre Macht manifestiert). Derlei Gruppen werden Organisationen genannt. Die Worte »ist fernerhin untragbar« klingen für den sprach sinnigen, jedoch unerfahrenen Hörer zunächst bedauernd: Da jammert ein Ausschuß, so versteht der Unerfahrene, er könne nun, so leid es ihm tue, den Müller nicht länger tragen. Das »ist fer-

sei »für die Organisation tragbar«, wäre sinnlos oder beleidigend: »Untragbar« im Wörterbuch der Organisationen ist ein Negativum, zu dem es das positive Gegenstück nicht gibt. Dieser Sachverhalt zeugt kräftig gegen die Rechtllichkeit und Rechtmäßigkeit der Tragbarkeitsurteile.

Die Untragbarkeits-Erklärung hat totale Reichweite. Was es mit der Person Müller, mit seinem Charakter, mit seinem Verhalten auf sich hat, interessiert die Organisation nicht: Müller ist für sie hinfort nicht mehr existent. Irgendwie und irgendwo mag er weiterexistieren, – denn insofern ist das Urteil begrenzt, als es die Worte enthält »für die Partei« (den Verein, die Gesellschaft, die Bewegung) oder die Einschränkung »in politischer, weltanschaulicher, nationaler, gesellschaftlicher, klassenkämpferischer, rassistischer Hinsicht«. Welche Möglichkeiten des Existierens dem Müller in Wirklichkeit übrigbleiben, das hängt von der tatsächlichen Macht und der wirklichen, nicht nur angemessenen Geltung der dekretierenden Organisation ab: ist sie eine totale Partei, dann ist der untragbare Müller wie Morgensterns Palmström im bürgerlichen Sinne nicht mehr existent, was für einen lebendigen Menschen freilich schlimmer ausfällt als für eine poetische Gestalt. Nach ihrer Geltung und ihrer Macht bestimmt sich auch die Drohung, welche dem Untragbarkeitsdekret einer Organisation innewohnt: In jenem Wasser, in dem der Untragbare, des Auftriebs durch die tragende Organisation nunmehr bar, aus eigener Kraft rudert, begegnen ihm fortan vielleicht Klippen und Strudel, die ihm vorm dem nicht bekannt waren.

Weil aber der Urheber der Untragbarkeitsklärung ein Organisation ist, weil in ihrem Urteil der Wille einer Macht sich halb biedermännisch korrekt, halb bürokratisch drapiert, deshalb ist das Urteil als das einer letzten Instanz undiskutierbar und unwiderruflich.

Es ist die Funktion der Sprache, daß sie verrät; aber es ist ihr fast übernatürliches Geheimnis, daß sie sich selbst, d. h. ihre Sprecher verrät. Wo mit »untragbar« hantiert wird, da verbergen sich Terror und Heuchelei hinter der Sprache, hüllen sich in ein depraviertes Wort, und eben die Sprache, die Sprachmaskerade, ist es, welche die Heuchler und Tyrannen anzeigt. Aber die Sprache macht fernerhin kund, daß es Heuchler und Tyrannen sind, denen es zur eigentlichen Sünde an Kraft und Leidenschaft gebricht, weshalb solche Lemuren der Organisation bedürfen, die sie trägt, erträgt und verbirgt.

Möchten die Eifrigen nun aber nicht auf den Einfall kommen, die »Tragbarkeit« für das Wurzelreis aller deutsch-demokratischen Tugenden zu erklären und dafür zu werben, daß alle Untragbaren wieder für tragbar erklärt werden!

a. o.
1948/1957

Dolf Sternberger, Gerhard Storz, W. E. Süskind, Aus dem Wörterbuch des Unmenschen. Frankfurt/Berlin, Ullstein 1989, (Ullstein TB Nr. 34335 nach der erweiterten Ausgabe 1967)

BERLIN



MUSEUM

LINDENSTRASSE 14 · 1000 BERLIN 61 · TELEFON (030) 2586-2839 · FAX (030) 2586-2839

Aktives Museum in Berlin
z.H. Frau Christiane Hoss
Köthener Str. 44

1000 Berlin 61

Berlin, d. 22.10.1991 bo/la

Betr.: Erweiterungsbau des Berlin Museum mit Abteilung
Jüdisches Museum
Resolution vom 30.07.1991

Sehr geehrte Damen und Herren,

am 30. Juli 1991 übersandten wir Ihnen eine Resolution, um die Einstellung der Vorbereitungsarbeiten zum Erweiterungsbau des Berlin Museums zu verhindern.

Die überwältigende Zahl eingegangener Zuschriften an den Regierenden Bürgermeister haben uns sehr beeindruckt.

Für Ihr Engagement teilen wir Ihnen hiermit unseren herzlichen Dank mit. Ohne Ihren Einsatz und vor allem Ihre schnelle Reaktion wäre unser Bemühen sicher gescheitert.

Aufgrund der weltweiten Proteste hat der Senat für 1992 eine Summe von 3,2 Mio. DM zur Vorbereitung der Bauarbeiten bereitgestellt. In diesen Tagen haben die Regierungsfractionen und das Abgeordnetenhaus die Fortführung des Baus ab 1993 zugesichert.

Ihnen allen gilt unser tiefempfundener Dank.

Mit freundlichen Grüßen

Prof. Dr. Rolf Bothe
(Museumsdirektor)

Dr. Vera Bendt
(Oberkustodin, Leiterin
der Jüdischen Abteilung)

Die Erklärung des Aktiven Museums zur Kürzung der Ehrenpensionen von NS-Verfolgten in den neuen Bundesländern ging am 29. 10. mit Begleitbriefen an den zuständigen Minister Blüm, an die Fraktionen im Bundestag und an die Abgeordneten des Unterausschusses "Entschädigung". Bisher sind die beiden hier abgedruckten Antworten eingetroffen. Die Proteste haben immerhin bewirkt, daß die Pensionen nicht auf DM 750,- gekürzt werden, sondern in der Höhe von DM 1.400,- verbleiben. Die bisher höheren Pensionen für Widerstandskämpfer werden allerdings auf die Höhe der übrigen Verfolgtenpensionen zurückgestuft. Personen, die in der DDR an Menschenrechtsverletzungen beteiligt waren, soll die Ehrenpension aberkannt werden. Welches Verfahren für eine solche Aberkennung vorgeschlagen wird, war noch nicht zu erfahren.



Renate Schmidt (Nürnberg)

Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages

- Persönlicher Referent -

5300 Bonn 1
 Bundeshaus 1911sp2
 Tel. (0228) 16 73 38 / 16 73 88
 Telefax (0228) 16 71 20

Persönlicher Referent:
 Tel. (0228) 16 30 13

Abgeordnetenbüro:
 Bonn (0228) 16 37 03
 Nürnberg (0911) 44 33 50

Privat: (0911) 40 76 41
 19. November 1991

Aktives Museum in Berlin e.V.
 z. Hd. Frau Christiane Hoss
 Köthener Straße 44

1000 Berlin 61

Betr.: Entwurf des BMA zur Kürzung der Ehrenpensionen

Bezug: Ihr Schreiben vom 29.10.1991

Sehr geehrte Frau Hoss,

wie Sie ja bereits in Ihrem Schreiben ausführen, ist Ihnen die ablehnende Position der SPD zum Entwurf des BMA bekannt. Unsererseits wurde darauf bestanden, daß - sollte eine Änderung vorgenommen werden - diese mit den Verbänden der NS-Verfolgten abgestimmt ist. Ein entsprechendes erstes Gespräch hat stattgefunden.

Im übrigen darf ich Sie darauf hinweisen, daß es sich hier um eine Angelegenheit handelt, die federführend im Arbeitskreis IV der SPD-Bundestagsfraktion bearbeitet wird. Für nähere Informationen steht Ihnen hier der zuständige Referent der SPD-Bundestagsfraktion, Herr Thomas Ebert, sicherlich zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen



(Eduard Moser)

Bonn, den 4.12.1991

Ulla Jelpke (MdB)
Bonn-Center

5300 Bonn

Sehr geehrte Damen und Herren !

Als erstes möchte ich mich für die späte Beantwortung Ihres Briefes entschuldigen. Der hohe Arbeitsanfall in den vergangenen Wochen ist verantwortlich dafür.

Die Bundestagsgruppe der Linken Liste / PDS stimmt der Presseerklärung der im "Aktives Museum Faschismus und Widerstand in Berlin e.V." zusammengeschlossenen Gruppen in der Zielrichtung zu. Zwar sieht der jetzt vorliegende Entwurf glücklicherweise nicht mehr die geplante drastische Kürzung vor, doch stellt auch die jetzt geplante Regelung einen massiven Vertrauensbruch durch die Regierung dar. Zudem bezweifeln wir die Rechtmäßigkeit jeder Kürzung der Verfolgtenrenten, da gerade im Sozialrecht vom Grundsatz der Besitzstandswahrung ausgegangen werden muß. Die Pläne der Bundesregierung sind ein eindeutiger Verstoß dagegen.

Als sehr wichtig sehen wir auch ihren Hinweis aus die vergessenen Opfer der Nazi-Herrschaft an. Gerade die Tatsache, daß noch immer viele berechnigte Ansprüche nicht befriedigend geregelt sind und ihnen über die bestehenden Härtefonds nur unzureichend entsprochen werden kann, macht es notwendig, daß die Antragsfristen neu eröffnet werden.

In diesem Zusammenhang machen wir darauf aufmerksam, daß dann auch Regelungen für die Opfer des Kalten Krieges gefunden werden könnten, die nach dem politischen Strafrecht der Bundesrepublik verurteilt worden sind. Für viele von ihnen war es bereits die zweite Verfolgung aus politischen Gründen.

Die Unruhe, Verletzung und Enttäuschung der alten Menschen, über die Sie in ihrem Brief berichten, ist nur allzu verständlich. Die Bundestagsgruppe der Linken Liste / PDS wird sich nach Kräften dafür einsetzen, daß es zu keiner Verschlechterung der materiellen Situation dieser Personengruppe kommt.

Wir verbleiben mit solidarischen Grüßen

i.A. *Volkmann Wotz*
(wiss. Mitarb.)

Feier am Grab von Wilhelm Krützfeld, dem "beherzten Reviervorsteher" am 31. 10. 1991 auf dem Parochialfriedhof in Weißensee. Silvia nahm an der Feier teil und fotografierte. Die Rede des Polizeipräsidenten Georg Schertz, in der er Wilhelm Krützfeld, der gegen Anweisung von "oben" menschlich handelte, seinen Beamtinnen und Beamten zum Vorbild empfahl, drucken wir auf den nächsten Seiten ab.



Ansprache aus Anlaß der Ehrung des Revieroberleutnants
Wilhelm Krützfeld am 31. Oktober 1991 auf dem Kirchhof
der Evangelischen Parochial-Gemeinde in Berlin-Weißensee

Sehr verehrte Gäste, meine sehr verehrten Damen und Herren!

Uns trennen wenige Tage von dem 50jährigen Gedenken an jenen 18. Oktober 1941, an dem vom Güterbahnhof Grunewald die Deportation von über 35.000 Berliner Juden in die Gaskammern von Auschwitz begann. Kaum einer von ihnen überlebte. Niemand kann bezweifeln, daß das Schweigen und Wegschauen so vieler erst die Verfolgung und Vernichtung ermöglichte. Wir haben zur Kenntnis zu nehmen und für die Zukunft in unser Bewußtsein zu rufen, daß der rechtzeitige Protest größerer Teile der Bevölkerung diesen Weg in das Grauen vermutlich verhindert hätte. Aber es gab eben nur einzelne, die der inneren Stimme von Anstand und Gewissen folgten und die Kraft fanden, danach zu handeln. Im Gedenken an einen solchen aufrechten Mann sind wir hier heute zusammengekommen. Am 31. Oktober 1953 starb in Berlin der Revieroberleutnant a.D. Wilhelm Krützfeld und wurde hier begraben. Ins Bewußtsein der Öffentlichkeit gelangte sein Tod nicht. Ehre und Anerkennung wurden ihm nicht zuteil. Er selbst hat sie auch offensichtlich nie eingefordert. 38 Jahre ist dies her, und es ist dem Schriftsteller Heinz Knobloch zu verdanken, daß sein Verhalten, sein Name dem Vergessen der Geschichte entrissen wurden. Die Berliner Polizei, für die ich hier stehe, hat Anlaß, seiner mit Hochachtung zu gedenken und unseren jungen Beamtinnen und Beamten sein Verhalten zum Vorbild zu machen.

1908 trat Wilhelm Krützfeld in den Dienst der Berliner Schutzpolizei. Er stieg auf zum Polizeiinspektor und wohnte am Prenzlauer Berg. Etwa im Jahre 1936 wurde er Vorsteher des Reviers 65 in der Rodenbergstraße in Berlin 113 und danach,

eben in der Zeit, über die wir hier sprechen, Reviervorsteher im Revier 16 am Hackeschen Markt in Berlin-Mitte. Es kommt die Nacht vom 9. zum 10. November 1938, jene Nacht, die noch heute so leichtfertig als sogenannte "Reichskristallnacht" bezeichnet wird. Von den 14 großen Synagogen in Berlin wurden neun weitgehend zerstört, die meisten der annähernd 4.000 jüdischen Einzelhandelsgeschäfte zertrümmert und über 10.000 Berliner Juden festgenommen, gequält und viele von ihnen verschleppt. In dem Blitzfernschreiben des SS-Gruppenführers Heydrich im Vorfeld jener Nacht heißt es, daß die zu erwartenden Demonstrationen von der Polizei nicht zu verhindern seien. Geschäfte, Wohnungen, Synagogen dürften nur zerstört, aber nicht geplündert werden. Man bezieht sich ausdrücklich auf gleichartige Bekundungen des Reichsführers SS und Chefs der deutschen Polizei, und ein Fernschreiben des Gestapo-Chefs Müller in Berlin be ruft sich mit gleicher Zielrichtung auf ausdrückliche Erklärungen Hitlers. Die große Synagoge in der Oranienburger Straße in Berlin gehört zum Revier Wilhelm Krützfelds. Auch hier waren SA-Leute eingedrungen, haben Feuer gelegt. Aber es erschien wenig später der Vorsteher des zuständigen Polizeireviers, eben der Revieroberleutnant Wilhelm Krützfeld in Person, mit einigen Beamten des Innendienstes und verjagte mit vorgehaltener Pistole die Brandstifter. Heinz Knobloch schreibt dazu folgende Sätze: "Welch ein Wunder! Als der Morgen aufzog, da glühte noch in einer einzigen Synagoge Berlins, in dem gewaltigen von Brand und Rauch umgebenen Tempel in der Oranienburger Straße, vor der zerstörten Heiligen Lade das Ewige Licht. Es verlosch nicht, weil Krützfeld kam."

Meine sehr verehrten Damen und Herren, das war nicht ein Reviervorsteher, der sich etwa allein und formell auf das in seinen Händen befindliche Schriftstück berief, das den bedeutenden Kunst- und Kulturwert des Gebäudes unter polizeilichen Schutz stellte. Das war ein Mann, der handelte, weil er seinem Gewissen

folgte. Der handelte, obwohl er, davon können wir ausgehen, die Weisungen von Heydrich, die Weisungen des Reichsführers SS und Chefs der deutschen Polizei und die Weisungen des Gestapo-Chefs Müller kannte. Denn es war ein Mann, der über das hier belegte Ereignis hinaus, das wissen wir heute, jüdische Mitbürger in seinem Bereich vor Verfolgung dadurch zu bewahren suchte, daß er sie warnte.

Es gab ein Nachspiel. Am 11. November 1938 wurde der Reviervorsteher Oberleutnant Krützfeld zum damaligen Polizeipräsidenten Graf Helldorf befohlen. Wie er es wagen könne, sich der Empörung des deutschen Volkes entgegenzustellen, warum er den gesunden Volkswillen behindert habe. Krützfeld kommt kaum zu Wort. Bei einer Horde könne man wohl kaum von spontanem Volkswillen sprechen, entgegnet er. Außerdem sei diese Synagoge wegen ihres Baustils und ihrer kostbaren Einrichtung seit jeher ein Kulturgut und stehe unter Polizeischutz. All dies läßt Helldorf nicht gelten. Er brüllt und wirft den Reviervorsteher nicht ohne Drohungen hinaus. Diese Begegnung ist verbürgt. Er wird für die Zukunft nur noch als Springer zu Urlaubsvertretungen eingesetzt und 1942 aus angeblich gesundheitlichen Gründen pensioniert. Immerhin wird deutlich, mindestens zu diesem Zeitpunkt war Zivilcourage noch möglich. Hätten sie mehrere, hätten sie viele besessen, vielleicht hätte die Apokalypse verhindert werden können.

Als wir in der Polizei all das, was ich hier vorgetragen habe, erfuhren und zu dem Entschluß kamen, dieses Mannes zu gedenken, ahnte ich noch nicht, daß ich bei dieser Gelegenheit auch Anlaß hätte, aus tiefer Sorge um gegenwärtige Entwicklungen zu sprechen. Wir erleben in diesen Tagen, meine sehr verehrten Damen und Herren, in Deutschland Übergriffe verbaler Natur, schlimmer noch, Tötlichkeiten gegen Ausländer, die ich als schändlich, als Schande betrachte. Entgegen landläufiger Ver-

Öffentlichungen sind Taten dieser Art keineswegs mehrheitlich im Gebiet der ehemaligen DDR angesiedelt, sondern eine Entwicklung, von der die ganze Bundesrepublik betroffen ist. Was muß das Ausland von uns denken, wenn zumindest in zeitlicher Nähe seit der Wiedervereinigung unseres Landes und der wiedergewonnenen vollen Souveränität ganz Deutschlands solche Taten von Ausländerfeindlichkeit sichtbar werden. Hierbei spielen die sicher unterschiedlich zu beurteilende Frage der rechtlichen Ausgestaltung des Asylrechts und die allzu große Verfristung des Themas für mich in diesem Zusammenhang keine Rolle. Wir sind der Würde des einzelnen Menschen, woher er auch kommt, verpflichtet und nichts, aber auch nichts rechtfertigt jene Akte von Menschenverachtung, die inzwischen allzu oft in Deutschland zum täglichen Meldegesehen der Polizei gehören. Ich mache es mir und meinen Beamtinnen und Beamten zur Pflicht, jenem unerträglichen Geschehen mit aller Entschlossenheit entgegenzutreten.

Der Reviervorsteher Polizeioberrleutnant Wilhelm Krützfeld hat in der Einsamkeit eigener Entscheidung, die heute kaum vorstellbar ist, seinem Anstand, seinem Gewissen Raum gegeben und ist dem Unrecht, das er erkannte, entgegengetreten. Sein Bild gehört in das lebendige Bewußtsein unserer Polizei. Der moralische, aber auch der dienstliche Auftrag, seinem Verhalten zu entsprechen, ist ein dauerndes Gebot.

Ich danke Ihnen.

"Auschwitz der Seelen" - Ein Leserbrief, der nicht erschien

Berliner
Morgenpost

Kochstr. 50
W 1000 Berlin 61

11. 11. 1991

Betr. Ausgabe vom 10. November, Artikel "Auschwitz der Seelen"
von Rudolf Stiege

Sehr geehrte Damen und Herren,

die Leichtfertigkeit, mit der nach Ihrem Bericht der Schriftsteller Jürgen Fuchs vom "Auschwitz der Seelen" spricht, ist bedauernswert. Daß Sie diese Formulierung übernehmen und als Überschrift benutzen, halte ich für noch bedauerlicher. Was immer in den Stasi-Akten zu finden ist, es ist nicht vergleichbar mit millionenfachem Massenmord.

Die seelischen Qualen eines Bespitzelten und Überwachten oder zur Stasi-Mitarbeit Erpreßten sind wohl nicht zu vergleichen mit z.B. denen eines Vaters, dessen Frau und Kinder in der Gaskammer ermordet wurden, während er halbverhungert, geprügelt und täglichen Schikanen und Demütigungen ausgesetzt, zur Ausnutzung seiner Arbeitskraft zugunsten seiner schlimmsten Feinde noch eine Weile lebte. Oder wenn sie doch zu vergleichen sind, weil man alles miteinander vergleichen kann, muß wohl jeder einsehen, daß sie weit geringer sind.

Ich kann nicht verstehen, daß die "Berliner Morgenpost" auf der einen Seite ausführlich über jüdische Geschichte und jüdisches Leben heute in Berlin berichtet und dann auf der anderen Seite "Auschwitz" in dieser Weise als bloße Metapher für "schlimme, unerträgliche Zustände" benutzt.

Mit freundlichen Grüßen

Ihre

Christiane Hoss

Christiane Hoss
Geschäftsführerin

Gegen Rechtsextremismus und Ausländerfeindlichkeit

Horst Jäckel zur Eröffnung der Veranstaltungsreihe am 11.11.1991 in der HdK Berlin

Liebe Kolleginnen und Kollegen,
meine Damen und Herren,

lassen Sie mich im Namen des DGB, Landesbezirk Berlin-Brandenburg, einige Worte zu dieser Veranstaltungsreihe sagen. Während die Demonstrationen und Kundgebung am vergangenen Sonnabend, wie ich meine, ein wichtiges politisches Signal nach außen gegen Rassismus und Ausländerfeindlichkeit waren, hat die Veranstaltungsreihe, die wir heute beginnen, schwerpunktmäßig eine aufklärende Funktion. Sie ist gleichzeitig Ausdruck einer enger werdenden Zusammenarbeit mit der Hochschule der Künste und dem Aktiven Museum. Ich möchte mich sehr herzlich für diese Zusammenarbeit und für das Zustandekommen dieser Veranstaltungsreihe bedanken.

Betroffenheit gegenüber der wachsenden Ausländerfeindlichkeit und Gewalt und die Verurteilung solcher Vorgänge sind das eine, sie reichen meines Erachtens jedoch nicht aus. Auch Presseerklärungen, gute Reden, wie auch Appelle, haben sehr begrenzte Wirkung. Vielmehr tut Aufklärung, und ich betone, verändertes Handeln, not.

Mangelnde Allgemeinbildung ebnet Vorurteilen den Weg. Fehlende soziale und kulturelle Perspektiven und die Bedrohung der materiellen Existenz führen dazu, im autoritären und undemokratischen Sicherheitsordnungsdenken, inneren Halt zu suchen. Ausländerfeindlichkeit ist ein unreflektierter Ausdruck für eine vermeintliche oder wirkliche Bedrohung. Rassismus ist Ausdruck der Notwendigkeit, das innere Selbstwertgefühl zu stärken. Die Gewalt wird damit zu einem Ventil aufgestauter Aggression.

Und ganz wichtig:

Ausländerfeindlichkeit und Rassismus ist kein Jugendproblem. Kein Problem ausschließlich Ost-Deutschlands, sondern Ausdruck der aggressiven Engerie unserer alten und sehr bekannten Ellenbogengesellschaft.

Rassismus ist eine weit verbreitete Erscheinung, die bis in die Wählerstrukturen der demokratischen Parteien und in die Mitgliedschaften der Gewerkschaften hineinreicht. Wir hätten weniger Ausländerfeindlichkeit in Ost und West, wenn die Massenmedien,

und insbesondere auch die Parteien, um konservative Wählerschaften an sich zu binden, sich nicht so insgesamt ausländerfeindlich definieren würden.

Ich erinnere daran, 1982 hatte die CDU zum fremdenfeindlichen Wahlkampf geblasen und mit dem Versprechen geworben, daß die Arbeitslosigkeit mit der Ausweisung der Einwanderer aus Deutschland bekämpft werden kann. Dabei wurde und wird völlig ignoriert, daß jeder, der mit offenen Augen durch die alte Bundesrepublik geht, feststellen muß, daß Deutschland bereits ein Einwanderungsland seit langem ist und, wie wir aus der Geschichte wissen, es bereits auch früher war.

Wir sind der festen Überzeugung, solange ein starkes Wohlstandsgefälle zwischen der Dritten Welt, den Schwellenländern und osteuropäischen Ländern besteht, ökologische Katastrophen von den Industrieländern verursacht werden und die Länder der armen Welt ihrer Rohstoffe und sonstigen Ressourcen durch die Industrieländer beraubt werden, werden Einwanderungsgesetze die Probleme nicht beseitigen, und neue Mauern werden nicht verhindern, daß wir zukünftig von unserem Reichtum abgeben müssen.

Der Angriff auf den Artikel 16 des Grundgesetzes muß abgewehrt werden. Es geht jedoch nicht nur um die politischen Flüchtlinge, sondern auch um die Armutsflüchtlinge und die Flüchtlinge, die aus ökologischen Ursachen ihr Land verlassen müssen.

Hier sind wir unmittelbar verantwortlich, zumal unsere Regierung solche politischen Systeme stützt, die diese ungerechte Weltwirtschaftsordnung machtpolitisch absichert.

Die deutschen Unternehmen befinden sich in einem Widerspruch. Einerseits müssen sie für ihren liberalen Austausch von Waren und Kapital eintreten, um von der ökonomischen Stärke der Bundesrepublik zu profitieren. Das können sie aber nur nach außen hin ideologisch vertreten, wenn sie die Menschen, die über die Grenzen kommen, davon nicht ausschließen.

Der Ausbau der Stahlmauer zwischen der USA und Mexiko darf uns nicht zum Alibi an Oder und Neiße werden. Die Grenzen zu verschließen wäre verhängnisvoll, wenn West- und Osteuropäer gerade beginnen, wieder in historischen und regionalen Lebenszusammenhängen zu denken und nicht bloß in Bündnissen. Ich will deshalb ganz deutlich sagen, diese Menschen, die zu uns kommen, haben ein Anrecht auf menschenwürdiges Leben mit allen Folgen, auch bezogen auf gesellschaftliche Kosten, die wir mittragen müssen.

Die Unternehmen werden versuchen, nichts von diesen Kosten zu tragen. Sie werden versuchen, diese Kosten auf die abhängig Beschäftigten abzuwälzen, die Konsequenz ist, die Verteilungskämpfe werden stärker.

Diese Verteilungskämpfe sind von den Beschäftigten jedoch nur zu bestehen, wenn sie solidarisch zusammenstehen:

Inländer und Ausländer!

Dies gilt insbesondere auch vor dem Hintergrund des europäischen Binnenmarktes. Es wird immer deutlicher:

Wir sind alle Ausländer, fast überall.

Unter diesen Bedingungen läuft der Konflikt, nicht zwischen In- und Ausländern, sondern zwischen oben und unten.

Christiane Hoss: Zur Eröffnung der Veranstaltungsreihe "Rechtsextremismus und Ausländerfeindlichkeit".

Artikel 16 des Grundgesetzes, wir haben es seit Jahren im "Sommerloch" und in diesem Jahr bis in den Winter hinein immer wieder gehört und gelesen, ist aus den Erfahrungen der Mütter und Väter des Grundgesetzes in der Nazizeit zu erklären. Er verbietet den Entzug der deutschen Staatsangehörigkeit gegen den Willen des Betroffenen, verbietet die Auslieferung Deutscher an das Ausland und fügt kurz hinzu: "Politisch Verfolgte genießen Asylrecht". (Über das Verb "genießen" will ich hier weiter nichts sagen).

Der Blick auf die Geschichte der Emigration aus Deutschland nach 1933 lehrt, wie kompliziert im Einzelfall sein kann, den Beweis politischer Verfolgung zu führen. Die meisten deutschen Juden, die Deutschland verließen, taten es, weil sie hier für sich und ihre Kinder mit Recht keine Zukunft mehr sahen, weil ihnen nach und nach die Möglichkeiten genommen wurden, einen Beruf auszuüben, ein Geschäft zu betreiben, kurz, ihren Lebensunterhalt zu verdienen. Waren sie deshalb Wirtschaftsflüchtlinge? Nicht politisch verfolgt?

Die Familie Frank hatte, als sie nach den Niederlanden ging, keinen Haftbefehl, noch nicht einmal eine Vorladung zum Verhör vorzuweisen. Würde ein Verwaltungsgericht sie heute als politisch Verfolgte anerkennen? Sie hatten zwar den Boykotttag vom 1. April 1933 erlebt, die große Aktion: "Kauft nicht bei Juden", zu der der Reichspräsident Paul von Hindenburg und der Reichskanzler Adolf Hitler aufgerufen hatten. Inzwischen aber, so hätte ein Gericht argumentieren können - hatte sich die Lage in Deutschland doch wieder beruhigt, Ruhe und Ordnung waren wiederhergestellt, den Franks konnte in Deutschland doch gar nichts passieren.

Zu ihrem Glück fand die Familie Frank in Amsterdam Aufnahme, ohne sich als politisch Verfolgte ausweisen zu müssen. Oder zu ihrem Unglück. Vielleicht hätte sie sonst versucht, nach den USA zu gelangen und Anne Frank wäre heute eine der großen Schriftstellerinnen dort.

Wir werden heute von Flüchtlingen von damals und Flüchtlingen von heute hören. Es wird sich vielleicht anhören, als habe sich nichts geändert. Es hat sich bestimmt nicht genug geändert.

Eins hat sich überhaupt nicht geändert, ist geblieben wie in Kaiserreich und Weimarer Republik: Die Methode, wie das erzeugt wird, was der Politiker "Handlungsbedarf" nennt. Das wichtigste Mittel ist Wiederholung. Die ständige Wiederholung von Phrasen wie "Deutschland ist kein Einwanderungsland" oder Lügen wie "Das Problem ist nur durch Änderung des Grundgesetzes lösbar" erfüllt ihren Zweck. Viele Politiker, viele Journalisten, viele Bürger, denen die Sache im Grunde gleichgültig ist, fragen sich, ob am Ende doch was dran sei oder geben nach, damit wieder Ruhe herrscht. Naive Rechtsextreme glauben ihre Stunde schon gekommen, entschließen sich zu Gewalttaten, von denen sich die Politiker dann alsbald erschreckt distanzieren.

Am Kaiserreich, an der Weimarer Republik, können wir auch sehen, was passiert, wenn Rassisten nachgegeben wird. Ich erinnere an die Kampagnen im Kaiserreich gegen Juden, die ihre Familiennamen ändern wollten, an die parteiübergreifende Hetze gegen die farbigen Besatzungssoldaten im Rheinland nach dem 1. Weltkrieg (die "Schwarze Schmach") und an die gegen die jüdischen Einwanderer aus Osteuropa, an der sich - leider - auch der "Vorwärts", Zeitung der SPD, mit einem Leitartikel beteiligte. Jeder politische Erfolg solcher Kampagnen, jede Gesetzesänderung bringt nicht Ruhe, sondern macht Appetit auf mehr. Wenn alle Parteien "Ausländer raus" sagen, bloß einige ein bißchen leiser, setzt sich am Ende der Lauteste durch.

Heute machen wir Stadtspaziergänge im Scheunenviertel und beklagen, daß vom jüdischen Leben dort nichts mehr zu sehen ist. Vielleicht machen in 70 Jahren Berliner Stadtwanderungen durch Kreuzberg und suchen mühsam nach den letzten Resten von türkischen Ladenschildern.

Wir wollen es nicht hoffen. Wir wollen das verhindern. Wir sind keinesfalls an Zahl geringer als die überzeugten Rassisten. Die letzten Umfragen zeigen: 51 % für die Änderung der Asylregelung in Artikel 16 des Grundgesetzes, darunter sicher viele, die nichts wünschen, als endlich mit diesem Thema in Ruhe gelassen zu werden. Diese vielen mehr oder weniger Gleichgültigen auf unsere Seite zu ziehen, das ist unsere Aufgabe.

**BILDUNGSURLAUBSEMINAR DES AKTIVEN MUSEUM
 FASCHISMUS UND WIDERSTAND IN BERLIN
 IN ZUSAMMENARBEIT MIT DEM
 BILDUNGSWERK FÜR DEMOKRATIE UND UMWELTSCHUTZ**

Im Zusammenhang mit der Institutionalisierung konnte das Aktive Museum e.V. gegenüber dem Senat auch den Aufgabenbereich "politische Bildung" als Bestandteil der eigenen Tätigkeit durchsetzen. Die Durchführung von Seminaren soll zum einen der Erprobung bestimmter Konzeptionen dienen, die später einmal auf dem Gestapogelände angewandt werden und zum anderen Alternativen zur herkömmlichen Bearbeitung des Themas Nationalsozialismus in Schulen, Jugendbildungseinrichtungen und Gedenkstätten entwickeln.

Da dem Aktiven Museum trotz der institutionellen Förderung nicht genügend Mittel zur Verfügung stehen, mehrtägige Seminare der politischen Bildung selbständig durchzuführen, sind wir auf Kooperationspartner angewiesen. Hierbei hat sich die Zusammenarbeit mit dem Kreuzberger Bildungswerk für Demokratie und Umweltschutz e.V. bewährt, das als AL-nah anerkannt ist. Wir haben in diesem Jahr ein Seminar für Jugendliche veranstaltet; zwei weitere sind für 1992 geplant. Außerdem wurde eine Fortbildung für JugendbildnerInnen angeboten, die den "Lernort Berlin" zum Thema hatte. Dabei habe ich das Aktive Museum vorgestellt, während unser neues Mitglied Matthias Wibbe mögliche Ansätze zu antifaschistischer Jugendarbeit thematisierte.

RAHMENBEDINGUNGEN EINES JUGENDBILDUNGSSEMINARS MIT SCHÜLERINNEN EINER 10. KLASSE DER TEMPELHOFFER WERNER-STEPHAN-OBERSCHULE

Den Kontakt mit der Gruppe verdanke ich einem Hinweis von Klaus Emrich (vgl. Schriftenreihe des Aktiven Museums, Band 2) auf seine Kollegin aus GEW-Kreisen, Brigitte Dillinger. Sie und ihr Kollege Siegfried Arnz sind in der Tempelhofer Werner-Stephan-Oberschule der/die KlassenlehrerIn einer 10. Klasse mit 17 SchülerInnen aus insgesamt acht Nationen (u.a. den Philippinen, den USA, der Türkei, dem Libanon, der BRD und einigen südosteuropäischen Staaten). Zusammen mit den beiden Lehrkräften führte ich zuerst alleine und dann mit dem Team (neben mir noch Matthias Wibbe und Gerlinde Burkhard vom Bildungswerk) mehrere Vorgespräche, um die Lebenssituation der SchülerInnen, die Qualität der Klassengemeinschaft und das Vorwissen der Jugendlichen zu klären.

Das Seminar fand statt vom 11. bis 15. November des Jahres im Wannseeheim für Jugendarbeit, wo wir im Neubau wohnten. Die Finanzierung und die Trägerschaft des Seminars übernahm das Bildungswerk; das Aktive Museum stellte Teile der Infrastruktur zur Verfügung.

KONZEPTION DES SEMINARS

Das Seminar sollte "Jugend und Jugendliche im Nationalsozialismus" behandeln, wobei ein Schwerpunkt auf Möglichkeiten nonkonformen Verhaltens (Verweigerung, Resistenz, Widerstand) liegen sollte. Da wir davon ausgehen konnten, daß die Jugendlichen relativ geringe Vorkenntnisse besaßen und außerdem nicht rein kognitiven Arbeitsformen gegenüber eher aufgeschlossen sind, mußten wir einen Ansatzpunkt aus der Lebenswelt der SchülerInnen wählen. Dazu diente der Hinweis von Siegfried, der eine Schulband aufgebaut hatte.

Damit war für uns der Einstieg in das Seminar klar: wir versuchten, anhand der bei den SchülerInnen vorhandenen Subkulturen, die sich im Freizeitverhalten, in Musik, Kleidung und Außendarstellung ausdrücken, ein Gefühl für die Bedeutung selbstbestimmten Lebens und Erlebens zu vermitteln. Von dort war der Weg zur Unterdrückung dieser Selbständigkeit von Jugendlichen im Nationalsozialismus nicht mehr weit, noch dazu deswegen, weil der NS zumindest zum Teil genau diejenigen Jugendlichen und deren Verhaltensweise zu unterdrücken versuchte, um die es hier ging (z.B. um das Hören von "andersartiger" Musik durch Swing-Jugendliche).

ABLAUF DES SEMINARS

Aufgrund der konzeptionellen Planung ließen wir uns für die Sensibilisierung der Jugendlichen für das eigene Freizeiterleben viel Zeit: jede Person erstellte (in Kleingruppen) einen eigenen Wochenplan, um Arbeits-, Reproduktions- und Freizeitanteile herauszuarbeiten. Anhand eines "Freizeitkuchens" versuchte anschließend jeder, die Struktur der eigenen Freizeit zu erfahren (fremdbestimmt - selbstbestimmt). Das konfrontierten wir dann anhand weniger ausgewählter Quellen (Jugendschutzgesetz unter Kriegsbedingungen, Wanderverbot, Himmler-Erlaß zur KZ-Einlieferung von Swing-Jugendlichen) mit der Realität der Jugendlichen im NS-Staat.

Am Nachmittag des zweiten Tages gab es für die SchülerInnen das Gesprächsangebot mit zwei ZeitzeugInnen: Ilse Rewald, die als jüdisches Mädchen ihre Jugend im nationalsozialistischen Berlin verbrachte und im Untergrund überlebte und Werner Krabbe, der in den fünfziger und sechziger Jahren als Rockmusiker mit langen Haaren und Jeans eine Minderheitenkultur in Berlin repräsentierte. Der Unterschiedlichkeit der beiden Personen waren wir uns bewußt; wir wollten jedoch vermeiden, ausschließlich Gesprächsangebote für die Zeit des Nationalsozialismus zu machen, um das Thema innerhalb der Woche nicht zu überfrachten. Am dritten Tag werteten wir die Gespräche gemeinsam aus, indem die beiden Gruppen sich gegenseitig Berichte gaben.

Mittwoch nachmittag sahen wir uns im Rahmen eines Informationsblockes über Jugendliche in der NS-Zeit den Film "Eine sanfte Berührung" (Verleih der Bundeszentrale für politische Bildung) an, der die Begegnung von vier Berliner Jugendlichen mit einem Swing-Musiker thematisiert, der von den Nazis im Jugendlager Moringen interniert wurde. Auf Streifzügen durch die Stadt gehen die fünf dabei auch auf das Gestapo-Gelände und sehen sich gemeinsam die Kellerzellen an. Diesen Block setzten wir am Donnerstag fort, indem wir in Kleingruppen herausarbeiteten, welche Personengruppen aus welchen Gründen in welcher Phase des Nationalsozialismus im Deutschen Reich und in Europa verfolgt wurden. Damit war der inhaltliche Teil des Seminars beendet.

ABSCHLUSS DES SEMINARS UND RESONANZ

Der Donnerstag nachmittag war davon bestimmt, die abendliche Abschlußfete vorzubereiten; zwei Kleingruppen spielten kleine Video-Clips zu den Themen "Musik" bzw. "Werbung" ein, die dritte Gruppe bereitete den Raum vor. Motto der Fete war: "unterschiedliche Jugendsubkulturen der Nachkriegszeit". Alle Jugendlichen, die beiden Lehrkräfte und die TeamerInnen mußten sich verkleiden und entsprechende Musik mitbringen. Daraus wurde ein Abschlußfest von mehr als sieben Stunden und vierzig Jahren Rock- und Popmusik und Tanzkulturen.

Am Freitag vormittag werteten wir mit Hilfe von Brettspielen das Seminar aus: die SchülerInnen hatten die Aufgabe, in drei Kleingruppen jeweils ein Würfelspiel zu entwerfen, bei dem es SiegerInnen und Besiegte geben soll. Ereigniskarten, mit deren Hilfe thematische Inhalte des Seminars abgefragt werden sollten, und Gemeinschaftskarten, die zu Nachfragen über Gruppenerlebnisse und -geschehnisse der Woche führen sollten, hatten zusätzlich Bestandteil der Würfelspiele zu sein. Jede Gruppe mußte sich Strafen überlegen für diejenigen, die Fragen nicht beantworten konnten (z.B. einmal aussetzen oder an den Anfang zurückgehen). Anschließend spielten die drei Gruppen jeweils die Würfelspiele der anderen beiden Gruppen, nur einE SpielleiterIn blieb beim eigenen Würfelspiel zurück.

Innerhalb der Woche konnten wir vom Team einen hervorragenden Kontakt zu den Jugendlichen herstellen, was insbesondere daran lag, daß wir mit ihnen auch die Abende, sprich: die Freizeit, gemeinsam verbrachten. Der Montag abend stand zur freien Verfügung, dienstags gingen wir zusammen in die Disco und mittwochs ins Kino. Dadurch war das gegenseitige Erleben nicht auf die Seminareinheiten und die Tagungsstätte begrenzt. Dieses Angebot hat insbesondere den beiden Lehrkräften gefallen, mit denen sich im Lauf der Woche eine hervorragende Arbeitsteilung ergab. Dadurch ergab sich für uns am Ende des Seminars die ungewöhnliche, aber sehr angenehme Konstellation, daß sowohl die SchülerInnen als auch die beiden Lehrkräfte vom Seminar begeistert waren.

AN DIE MITGLIEDER

Es wäre mir letztendlich sehr angenehm, wenn aus Euren Reihen zusätzliche Anregungen oder Kritik zum Seminar käme. Wer ähnliche oder vergleichbare Erfahrungen in der eigenen Arbeit gemacht hat, möge sich doch bitte mit mir in Verbindung setzen.

Martin

Vorankündigung!

Frauen im Nationalsozialismus: Opfer oder Täterinnen?

Die Arbeitsgemeinschaft "Frauen als Täterinnen im NS" des Aktiven Museums wird in Zusammenarbeit mit der Frauenakademie Glienicke vom 27.-29.3.1992 ein Wochenendseminar zum Thema "Frauen im NS: Opfer oder Täterinnen?" veranstalten.

Wir werden diskutieren, wie Frauen an der Aufrechterhaltung des nationalsozialistischen Herrschaftssystems mitgewirkt haben und wie diese Beteiligung von Frauen in der Geschichtsschreibung über den NS ihren Niederschlag findet.

Als Zeitzeuginnen haben wir Eva Sternheim-Peters und Ilse Schmidt, als Referentin die Bonner Frauengeschichtsforscherin Annette Kuhn eingeladen. Also den Termin bitte vormerken! Näheres im nächsten Rundbrief.

Silvia

Gedenkstätte Haus der Wannsee-Konferenz

Gedenkstätte
Haus der Wannsee-Konferenz
Am Großen Wannsee 56-58
D-1000 Berlin 39

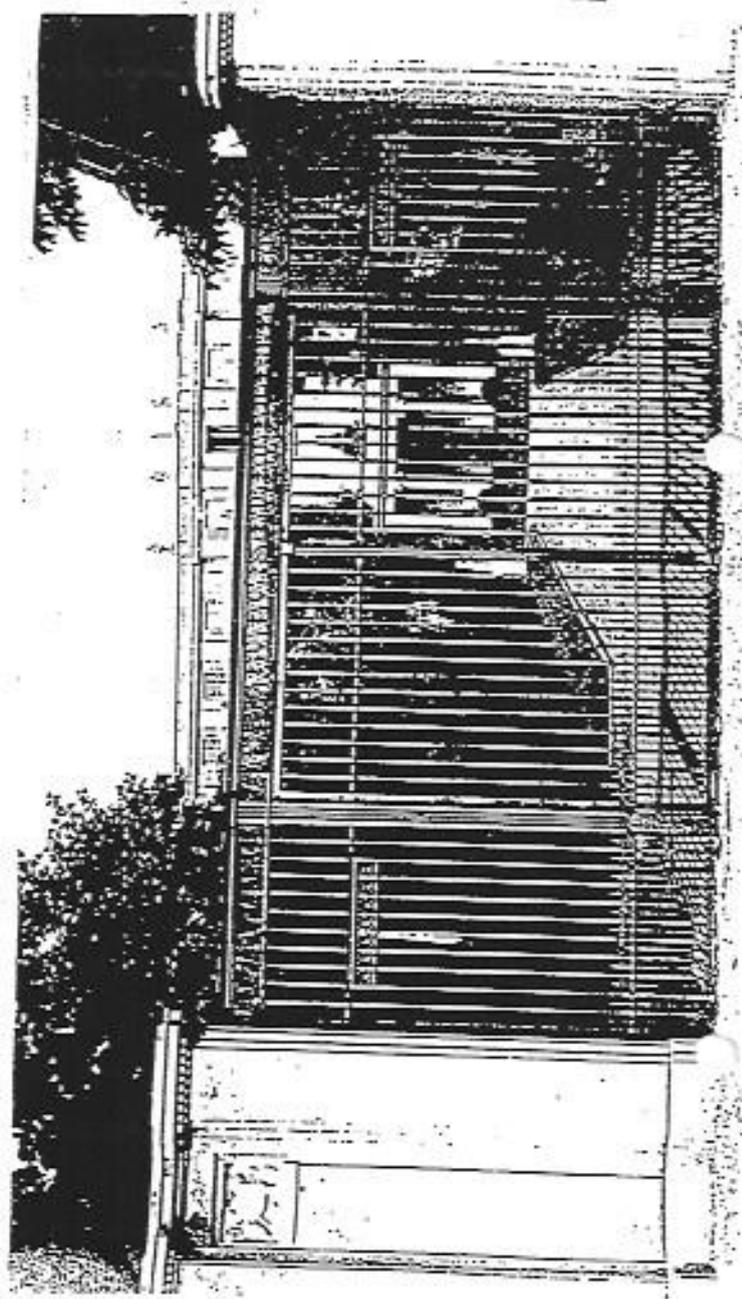
Telefon: 030-805 2944/2294/2297
Telefax: 030-805 2204

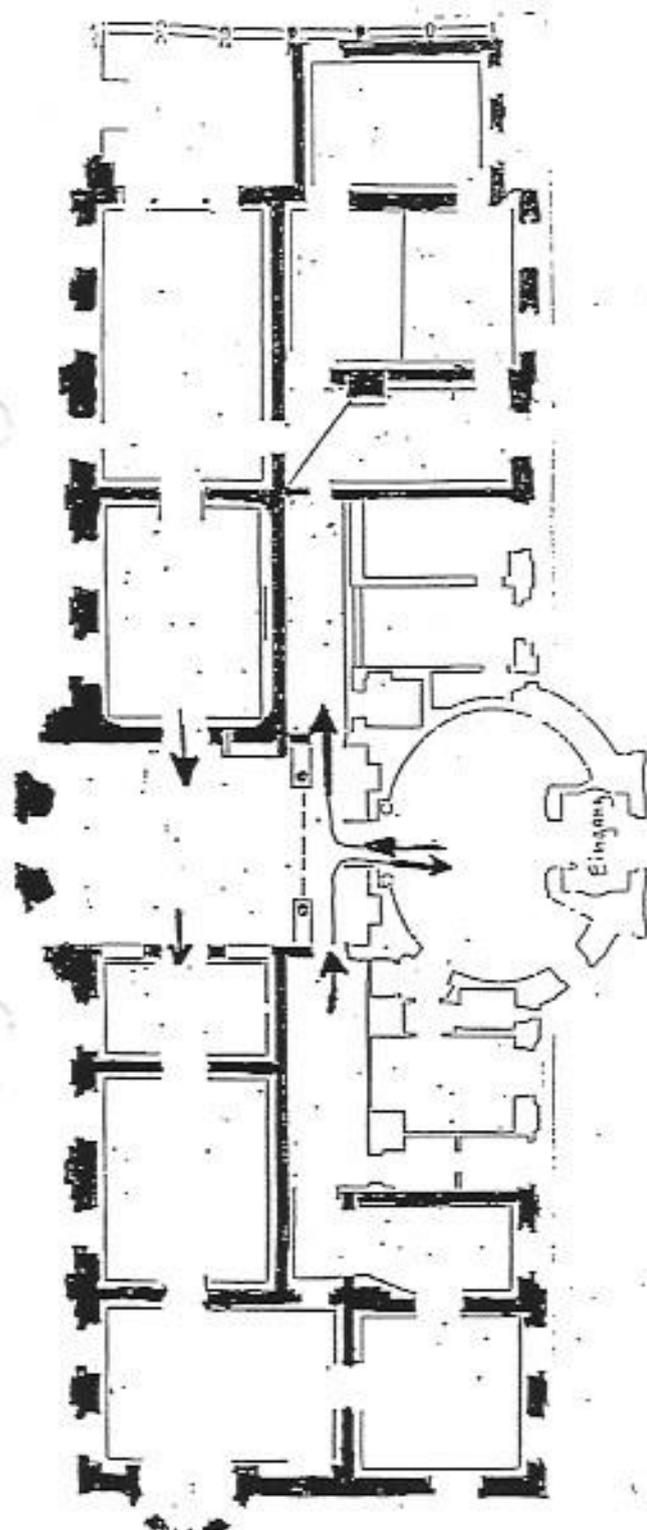
Ausstellung:
Die Wannsee-Konferenz und der
Völkermord an den europäischen Juden
Öffnungszeiten:
Mo-Frei: 10.00 - 18.00 Uhr
So: 14.00-18.00 Uhr
Eintritt frei-Führungen nach Vereinbarung

Mediothek:(Präsenzbibliothek, Videothek-
Bild-Tonarchiv,)
Mo-Frei :10.00-18.00 Uhr

Studientage und Seminare nach
Vereinbarung

Verkehrsverbindungen:
S1 und S3 bis S-Bahnhof Wannsee
Bus 114 bis Löwendenkmal





Der historische Ort

In diesem Haus verhandelten am 20. Januar 1942 unter dem Vorsitz des SS-Obergruppenführers Reinhard Heydrich, dem Chef des Reichssicherheitshauptamtes, vierzehn Spitzenbeamte der Ministerialbürokratie und der SS über die organisatorische Durchführung der Entscheidung, die Juden Europas in den Osten zu deportieren und zu ermorden. Nach diesem Ort wird die Besprechung als "Wannsee-Konferenz" bezeichnet. Das von Adolf Eichmann angefertigte Protokoll über die Konferenz wurde erst 1947 in den Akten des Auswärtigen Amtes gefunden.

Lernort der Geschichte

Am 20. Januar 1987 entschied der Senat von Berlin, die "Wannsee-Villa" als Gedenk- und Bildungsstätte einzurichten. Das Haus hat drei Abteilungen:

Die ständige Ausstellung dokumentiert die Konferenz, ihre Vorgeschichte und Folgen, sowie die Geschichte des Hauses. Sie gibt eine Grundinformation über den gesamten Prozeß der Ausgrenzung, Verfolgung und Ermordung der Juden Europas.

Die pädagogische Abteilung bietet Jugendlichen und Erwachsenen interessen- und berufsspezifisch Studientage oder mehrtägige Seminare zur schulischen und außerschulischen politischen Bildung an.

Die Mediothek enthält die wissenschaftliche Standardliteratur, Belletristik, Erinnerungsberichte und pädagogische Fachliteratur zu den Themen NS-Geschichte, jüdische Geschichte, Antisemitismus, Rassismus und Neonazismus, Nachschlagewerke sowie eine Dokumentensammlung auf Mikrofilm/ Microfiche, ein Bild- und Tonarchiv, Filme und Videos. Sie dient als Präsenzbibliothek den Seminarteilnehmern und Einzelbesuchern.

Themenangebot für den Studientag

Judentum und jüdisches Leben in

Europa vor der Shoah

z. B. Juden in Berlin; Judenfeindschaft-Antisemitismus-Rassismus; deutsch-jüdische Literatur

Juden unter nationalsozialistischer Herrschaft

z.B. jüdische Selbsthilfe, Selbstbehauptung und Widerstand; jüdische

Jugendbewegung; der Novemberpogrom 1938; Deportation; Solidarität und Hilfe für verfolgte Juden

Sozialisation in der Tätergesellschaft

z.B. Antijudaismus - zur Entstehung antisemitischer und rassistischer Denkmuster und Verhaltensweisen; NS-Sozialisation in Familie und Jugendbewegung; NS-Ideologie in verschiedenen Unterrichtsfächern; Faszination von Macht und Gewalt

Planung und Organisation des Völkermordes

z. B. Vordenker und Nutznießer der Vernichtung; die Rolle der Wannsee-Konferenz; an der Vernichtung beteiligte Institutionen von Staat, Partei und Gesellschaft

Haus der Wannsee-Konferenz Angebot an Schulen

Das Haus der Wannsee-Konferenz wendet sich an Schüler aller Schularten. Sein Bildungsangebot bezieht sich nicht nur auf den Geschichtsunterricht, sondern auch auf andere Fachgebiete (Literatur, Religion, Philosophie, Kunst, Biologie, Sport).

Das Haus bietet die Möglichkeit, an einem Studientag ein Thema aus der Geschichte des Nationalsozialismus bzw. der jüdischen Geschichte exemplarisch zu erarbeiten und zu diskutieren. Ausgehend von der Ausstellung in den Räumen, in denen die Wannsee-Konferenz zur Organisation des Völkermords an den europäischen Juden stattgefunden hat, können sich die Schüler in Gesprächskreisen, in produktorientierter Arbeit oder durch die Rezeption von Filmen und Dokumenten eingehend mit der Zeitgeschichte auseinandersetzen. In der Mediothek steht dazu eine umfangreiche Sammlung von Büchern, Bildmaterial, Videos und Tondokumenten zur Verfügung.

Die Mitarbeiter der Bildungsabteilung bieten außerdem Unterstützung an bei der Vorbereitung und Betreuung von

- Stadterkundungen,
- internationalen Begegnungen,
- Studienfahrten,
- längerfristiger Projektarbeit.

Die Auswirkungen des Völkermordes auf Politik und Gesellschaft seit 1945
z. B. Streitfragen im Umgang mit dem Nationalsozialismus; juristische, politische und kulturelle Auseinandersetzung mit den NS-Vorbereitungen in beiden deutschen Staaten; Neonazismus-Rassismus-Fremdenfeindlichkeit; offener und verdeckter Antisemitismus heute

Modelle zur Lösung von Konflikten

Workshops mit gestaltungspädagogischem Ansatz./ Themenzentrierte Interaktion
z. B. Aggression und Toleranz; Vorurteile Feindbilder-rassistische Stereotypen

Für Schüler berufsbildender Schulen:

Geschichte der jeweiligen Berufsgruppe in der Zeit des Nationalsozialismus.

Gedenkstätte Haus der Wannsee-Konferenz

Am Großen Wannsee 56-58,
1000 Berlin 39

Anmeldung:

Tel.: (030) 805 29 44, 805 22 94, 805 22 97;

Fax.: (030) 805 22 04

Verkehrsverbindung: S1 und S 3 bis S-Bahnhof Wannsee, Bus 114 bis Löwendenkmal

Die Geschichtsaneignung soll sich in Fragestellungen und Arbeitsformen an Kenntnisstand, Interessen und Bedürfnissen der Schüler orientieren. Auf Wunsch wird ein vorbereitendes Gespräch mit der Lerngruppe geführt. Aufgrund des Vorgesprächs kann dann ein Schwerpunktthema für den Studientag ausgewählt werden.
Eine telefonische oder schriftliche Anmeldung ist in jedem Fall erforderlich.

Je nach der zur Verfügung stehenden Zeit kann der Studientag unterschiedlich gestaltet werden.

Variante I:

2 Doppelstunden

(vormittags bis 13.00 Uhr)

Nachbereitung (Auswertung und Transfer) in der Schule.

Variante II:

3 Doppelstunden (bis 15.30 Uhr

einschließlich Mittagspause)

Variante III:

4 Doppelstunden (bis 17.30 Uhr

einschließlich Mittagspause)

Vorschlag zur Organisation des Studientages

1. Einheit: Konfrontation

Haus der Täter / Gedenkstätte der Opfer

Gang durch die Ausstellung - alternativ:

- individuell zur Sammlung von Eindrücken und Fragen
- in Kleingruppen mit unterschiedlicher Aufgabenstellung
- Führung mit erläuterndem Vortrag

2. Einheit: Vertiefung

exemplarische, teilnehmerorientierte

Erarbeitung eines Einzelthemas

Arbeitsformen:

- Erörterung von Fragen der Teilnehmer
 - Gespräch mit Zeitzeugen
 - Vortrag
 - Text-/Bild-Interpretationen
 - Auseinandersetzung mit anderen Medien
 - Gruppengespräch über Empfindungen beim Umgang mit dem Gegenstand
- Medien: Bücher, Dokumente, Video, Filme, Diareihen, Tonquellen

3. Einheit:

entdeckendes/kreatives Lernen

verschiedene Angebote für Kleingruppen:

- Produktgruppen (Malen, Schreiben, Collage, Vorbereitung von Reportagen, Photodokumentationen, Interviews)
- selbstständige Auswahl aus dem Medienangebot
- Lesen von Dokumenten und Büchern in der Bibliothek
- Gesprächskreise

4. Einheit:

Zusammenführung der Kleingruppen

- Darstellung der Arbeit der einzelnen Gruppen
- Gespräch über die Erfahrungen des Studientages

Transfer

Geschichte und eigener Lebensalltag (Familie, Schule, Arbeit, Freundeskreis, Wohnumfeld, aktueller Politik)

Hinweis:

Am Sonntag, 19. Januar 1992, 18.30-20.00 Uhr
finden zwei Vorträge über die psychischen Auswirkungen des Holocaust bei den Nachkommen der Opfer und Täter statt.

Referenten:

Prof. Dr. Micha Neumann, Tel Aviv

Prof. Dr. Herst Eberhard Richter, Gießen

Staatsbibliothek,

Otto-Braun-Saal

Potsdamer Straße 33

1000 Berlin 30

Judenmord und öffentliche Verwaltung

50 Jahre nach der

"Wannseekonferenz"

24

Kolleg vom 19. - 24. Januar 1992

Klavierabend

Mittwoch, 22. Januar 1992, 19.30 Uhr
ÖTV-Bildungs- u. Begegnungszentrum Berlin

Vladimir Stoupeľ, Berlin

Werke von Dimitri Schostakowitsch

Präludium und Fuge d-moll (1956)

Sonate Nr. 2 h-moll (1943)

Mit einer Einführung

In Haus Nr. 56-58 der Straße Am Großen Wannsee wenige hundert Meter von Bildungs- und Begegnungszentrum der Gewerkschaft ÖTV entfernt - wurde am 20. Januar 1942 über die "Einführung der europäischen Judenfrage" beraten, so der Wortlaut des Protokolls. Unter dem Vorsitz von Reinhard Heydrich, damals Chef des Reichssicherheitshauptamtes, nahmen neben einer Stenotypistin Adolf Eichmann und weitere 13 Männer teil - Staatssekretäre, Ministerialbürokraten, Verwaltungsfachleute, Reichsanwalt Göring liette Heydrich beauftragt, "unter Beteiligung der in Frage kommenden anderen Zentralinstanzen" alle Vorbereitungen zu treffen. Die action 1941 beschlossene Ermordung von Millionen europäischer Juden wurde planmäßig organisiert. Im Denken und im Sprachgebrauch der Teilnehmer der sogenannten "Wannseekonferenz" waren das Verwaltungsakte, Koordinierungsangelegenheiten, Herausforderungen an die Bürokratie.

Am 19. Januar 1992 wird in jenem Haus eine Gedenkstätte eröffnet. Das Bildungs- und Begegnungszentrum der Gewerkschaft ÖTV hat mit dieser Einrichtung und seiner pädagogischen Abteilung eine langfristige Kooperation vereinbart. Ziel ist es, in Seminaren und Lernwerkstätten die Spuren der verschiedenen Berufsgruppen der öffentlichen Verwaltung im Nationalsozialismus zurückzuverfolgen, um die erschreckende "Normalität" zu begreifen, mit der die Nationalsozialisten Massenmord als staatliche Aufgabe betrieben haben. Es soll nachvollziehbar werden, wie die Angehörigen der Verwaltung bereitwillig und kreativ ihre Arbeitskraft und Fähigkeiten eingesetzt haben. Wo Richtlinien fehlten, bewiesen Beschäftigte pfeifendisches Geschick, um zu handeln, wie es erwartet wurde. Die Verwaltung wußte, was sie tat.

Das Kolleg eröffnet die Reihe der Kooperationsseminare und stellt gleichzeitig das erste größere pädagogische Projekt der Gedenkstätte dar. Für die Gewerkschaft ÖTV geht es dabei um mehr als um historisches Wissen: sie begrüßt es als ihre Aufgabe, über Ethik und Verantwortung öffentlicher Dienste zu reflektieren und die Frage nach dem Verhältnis von Arbeit und Gewissen zu stellen. Die Beschäftigten tragen Verantwortung dafür, daß Staat und öffentliche Verwaltung zu jedem Zeitpunkt und uneingeschränkt Menschenwürde und Menschenrechte schützen.

Gewerkschaft ÖTV

Bildungs- und Begegnungszentrum Berlin
Bildungsstätte "Das Bunte Haus" Bielefeld

in Kooperation mit der
Gedenkstätte Haus der Wannseekonferenz

P r ó g r a m m

Mittwoch, 22. Januar 1992
bis Freitag, 24. Januar 1992, 12.30 Uhr

Auf den Spuren der eigenen Berufsgruppe
Such- und Lernwerkstätten zu den Themen:

- 1 Kommunalverwaltung
Referentin: N.N.
- 2 Gesundheitsverwaltung
Referentin: Dr. Gabi Czarnowaki, Berlin
- 3 Polizei und Sicherheitsdienste
Referent: Dr. Götz Aly, Berlin
- 4 Finanzverwaltung
Referentin: Dr. Gudrun Schwarz, Berlin
- 5 Reichsbahn und Transport
Referent: Andreas Roppert, Paderborn

Montag, 20. Januar 1992, 8.30 Uhr

Eröffnung durch Wolfgang Warburg,
Stellv. Vorsitzender der Gewerkschaft ÖTV

Rekonstruktion: Die Wannseekonferenz
Besichtigung der Gedenkstätte, Vortrag: Karrieren der
Beteiligten, Protokoll der Sitzung

Dienstag, 21. Januar 1992

Prof. Dr. Raul Hilberg, Burlington/USA:

Die Rolle der öffentlichen Verwaltung Deutsch-
lands bei der Vernichtung der europäischen Ju-
den

Vortrag und Gespräch mit Prof. Hilberg über sein Sinn-
diarwerk "Die Vernichtung der europäischen Juden"
Moderation: Nikolaus Simon, Leiter des Referats für
Grundatzfragen beim Hauptvorstand der Gewerkschaft
ÖTV

Das Kolleg findet im Bildungs- und Begeg-
nungszentrum der Gewerkschaft ÖTV und in
der Gedenkstätte Haus der Wannseekonferenz
statt. Die Teilnehmer wohnen im Bildungs-
zentrum.

Eingeladen sind alle Interessierten, besonders
aber Beschäftigte aus der öffentlichen Ver-
waltung, dem Justiz-, Finanz- und Gesund-
heitswesen.

Anmeldeschluß: 31.12.1991

Bitte geben Sie bei Ihrer Anmeldung die
Präferenz für eine Such- und Lernwerkstatt,
Ihren Beruf und ggf. Ihre Beschäftigungsstelle
an.

ÖTV-Bildungs- und Begegnungszentrum
Koblanckstr. 1-3
1000 Berlin 39
Telefon 030 / 805 20 61
Telefax 030 / 805 11 25

Anreise Sonntag, 19. Januar 1992
ab 14.30 Uhr.

**Veranstaltungen der ersten Wochen 1992 in Berlin
zum Gedenken an jüdisches Leben zur Zeit der NS-Verfolgung und
die Ermordung der europäischen Juden:**

Während der Ausstellung "Jüdische Lebenswelten" im Martin-Gropius-Bau zeigt das Berlin-Museum, Jüdische Abteilung, dort die Ausstellung "Unser einziger Weg ist Arbeit - Das Ghetto in Łódź 1940 - 1944". Die vom Jüdischen Museum in Frankfurt erarbeitete Ausstellung behandelt das Leben in einem Ghetto, in das auch viele der Berliner Juden deportiert wurden.

Eine Führung durch diese Ausstellung bietet die Jüdische Volkshochschule am Sonntag, den 26. Januar, 14.00 Uhr an. Lieder aus diesem Ghetto werden am 26. 1. um 16.00 Uhr im Otto-Braun-Saal der Staatsbibliothek, Potsdamer Str.33, vorgestellt.

Ebenfalls am 26. Januar wird die Ausstellung der Akademie der Künste über den Jüdischen Kulturbund eröffnet. Sie wird bis zum 26. April gezeigt werden.

Lesungs-Veranstaltungen der Jüdischen Volkshochschule:
(gekürzt, Interessierte mögen sich bitte das Verzeichnis dort besorgen, Fasanenstr. 79/80, Berlin 12, Tel. 88 42 03 36)

13. Januar 20.00 Uhr Jüdisches Gemeindehaus
Ralph Giordano

15. Januar, 19.00 Uhr, Literaturhaus Fasanenstr. 23
Michel Lang

16. Januar, 19.00 Uhr, Literaturhaus
Edgar Hilsenrath

19. Januar, 20.00 Uhr, Jüdisches Gemeindehaus
Simon Wiesenthal

Vortrags-Veranstaltungen:

21. Januar, 20.00 Uhr, Jüdisches Gemeindehaus
Manfred Parma, Hannah Arendt, Eichmann und die Kritiker

11. Februar und 18. Februar, 20.00 Uhr, Jüdische Gemeindehaus
Manfred Parma, Antisemitismus in der Linken?

Kolloquium Kunst und Literatur nach Auschwitz der Freien
Universität an folgenden Tagen:

13., 20., 27. Januar und 3. Februar.

Das umfangreiche Programm kann bei unserer Geschäftsstelle
angefordert werden.

F 20 Rechtsextremismus in Berlin

Erscheinungsformen - Ursachen - Handlungsmöglichkeiten

Fachtagung

- Termin:** Dienstag, 28. Januar 1992, 9.00 - 16.30 Uhr
Ort: AWO-Jugendzentrum 'PLUMPE', Lützowstr. 42, 10030 Berlin 30
Mitwirkende: Bernd Hollusen, Michael Jäncke, Berlin-Forschung/FU;
N. N., Lehrer;
Vertreter der Sozialdiakon/Skin Projekt (Ostbin.);
Tilko Geier, Senatsverwaltung für Frauen, Jugend und Familie;
Sascha Wenzel, Region-Arbeitsstelle für Ausländerangelegenheiten
(Berlin-Ost);
Julia Dähle, DGB-Jugendsekretarin;
Reiner Heilich, DGB;
Ganow, Sektorenbeauftragter d. ev. Kirche;
Vertreter/innen des Amtes f. Jugendarbeit d. ev. Kirche -
der Ausbildungsstätte der Berliner Polizei -
Sozialinst. f. sozialwiss. Forschung / FU Berlin -
von Antirassismus-Gruppen
Dr. Richard Stöss

Moderation:

Weitere Teilnehmer/Zielgruppen: Sozialarbeiter, Jugendbetreuer, Lehrer,
Jugendbibliothekare, Jugendclubbetreuer, Jugendverbände, sonstige im
Jugendbereich sozial und pädagogisch Arbeitende; Jugendvertretungen

"Rechtsextremismus in Berlin" - das ist nicht nur der Titel eines Forschungsprojektes an der Freien Universität, sondern mittlerweile auch fast ein alltägliches Problem in der Metropole. Die Erscheinungsformen des Rechtsextremismus reichen von ganz unspektakulären Theozirkeln bis hin zu einer Reihe von rassistisch motivierten Überfällen.

Die Ursachen und Gegenstrategien werden kontrovers diskutiert, ausgehend von unterschiedlichen Erfahrungen in Beruf und Alltag.

Diese Tagung verfolgt im wesentlichen 3 Ziele:

- Fachleuten aus ganz unterschiedlichen Arbeitsbereichen soll die Gelegenheit zu einem Erfahrungsaustausch gegeben werden.
- Die Mitarbeiter des erwähnten Forschungsprojektes stellen vorläufige Ergebnisse ihrer Arbeit zur Diskussion.
- Durch das Zusammenführen von praktischen Erfahrungen einerseits und Forschungsergebnissen andererseits soll eine produktive Diskussion von Gegenstrategien ermöglicht werden.

Jeder Themenblock wird von Statements, Kurzreferaten, Thesen eingeleitet, dann folgt Diskus-

Anmeldungen zu den Veranstaltungen bitte an das FU-Referat für Aus- und Weiterbildung senden, Rüdeshheimer Straße 1, 10000 Berlin 33, Tel. 822 08 05/11/26.

Der Präsident der Freien Universität Berlin

Referat für Aus- und Weiterbildung

Jüdische Lebenswelten

Jüdisches Denken und Glauben, Leben und Arbeiten in den Kulturen der Welt

Ausstellung 12. Januar - 26. April 1992

Martin-Gropius-Bau
Stressemannstraße 110 - Berlin 61 (Kreuzberg)

Täglich 10-20 Uhr/Fr und Sa 10-22 Uhr

Eintritt DM 8,-/übliche Ermäßigungen
Kasse Telefon 254 86 108

Verkehrsverbindungen

U-Bahn 1 und 7; Möckentwische - U-Bahn 6; Kochstraße
S-Bahn 1 und 2; Anhalter Bahnhof
Bus 129 und 341; Anhalter Bahnhof

Täglich zwei öffentliche Führungen

Information und Anmeldung unter Telefon 254 86 777

ab 15. Dezember '91 Mo-Fr 10-14 Uhr,

ab 12. Januar '92 täglich 10-18 Uhr

Publikationen

Ausstellungskatalog: ca. 400 Seiten, durchgehend
vierfarbig bebildert (ISBN 3-633-54047-4)

Essayband: ca. 400 Seiten (ISBN 3-633-54048-2)

Preis in der Ausstellung je ca. DM 30,-

Suhrkamp Verlag/Jüdischer Verlag Frankfurt.

Ausstellungsführer: ca. 96 Seiten (ISBN 3-87024-199-3)

Preis in der Ausstellung ca. DM 7,- Argon-Verlag Berlin.

Katalog und Essayband sind auch als Kassette erhältlich.

Preis in der Ausstellung incl. Ausstellungsführer ca. DM 55,-

Veranstalter

Berliner Festspiele GmbH

Budapester Straße 50 - W-10000 Berlin 30

Telefon 254 890/Fax 254 89 111

Gesucht wird: Die doppelte Erinnerung

Erst Lager für die Opfer des NS-Regimes, dann für Stalins Terror - Was geschieht mit den Gedenkstätten in der ehemaligen DDR?

Von Karin Adelman

Prinz-Albrecht-Straße 8. Die Adresse gibt es in Berlin keine mehr. Durch ein angelegtes Tor treten wir in ein umzäuntes Stück Brachland. Es ist ein altes, nicht ganz abgestürztes Ruinegelände mit einem spärlichen Bewuchs. Ein Hügel fällt ins Auge: Der Schwabberg, auf dem die Oberreste des Prinz-Albert-Palais zusammengetragen wurden - die Ruine jener königlichen Gartenvilla, die in den 20er Jahren als Nobelhotel diente. Später war dann die SS eingezogen.

Der Weg führt zu einem Pavillon, der den Zugang zu Kellerräumen überdeckt. Seit 1987 gibt es hier ein kleines, provisorisch wirkendes Museum. Die Mauern waren die Mauer des Reichssicherheitshauptamtes. Der Keller war der Keller der Gestapo. Hier war das „Hauptgefängnis“ des inneren Nazi-Zirkels. Ein Ort des Grauens nicht nur, sondern das „Zentrum des NS-Terror“.

Reinhard Rümp, Historiker und Professor an der Technischen Universität Berlin, hat bei einer Anhörung der SPD-Bundestagsfraktion zum Thema „Mahn- und Gedenkstätten“ Ende November in Bonn mit besonderer Eindringlichkeit auf dieses Gelände hingewiesen.

Er sprach von einer „Topographie des Terrors“ im Herzen von Berlin und von einer „einzigartigen Konzentration der Tötorte des Verbrechens“.

In den vergangenen Jahrzehnten dümmerte dieses Gelände vor sich hin. Dicht an der Mauer gelegen, hatte er keine Begehrlichkeiten von Baulösen und Grundstückspekulationen geweckt. Das wird künftig vielleicht anders werden. Was soll mit dem Gelände nun geschehen? Was wird in Zukunft aus dem Areal zwischen Wilhelm-Straße, der Verlagerung der Glienicker-Straße, dem Potsdamer Platz und dem ebenfalls geschichtsträchtigen „Übergang Friedrichstraße“ werden? Rümp schwärmt eine Gedenkstätte mitten in Berlin vor, in der der Besucher innehalten und sich die „Topographie des Grauens“ rekonstruieren kann.

Fretlich könnte Berlin eine solche Gedenkstätte nicht allein finanzieren. Der Bund müßte einspringen. Berlin könnte sich darauf berufen, daß es sich hier, bei diesem „einzigartigen Areal des Grauens“ um eine Sache von gesamtstaatlicher Bedeutung handelt. In solchen Fällen darf der Bund finanzieren, sonst sind Museen und Gedenkstätten Landesangelegenheiten.

Kommen. Noch sei die Sache offen, sagt Rümp.

Die SPD schlägt eine Stiftungslösung vor und dabei geht es ihr nicht nur um Berlin, sondern um das grundsätzliche Problem der künftigen Gestaltung und Unterhaltung der NS-Gedenkstätten in der früheren DDR. „Schau Dir doch an, wie es in Buchenwald aussieht“, schimpft ein Freund, „das war nichts anderes als eine SED-Kulturstätte“. Bei der Bevölkerung seien diese NS-Gedenkstätten in ihrer jetzigen Form jedoch umstritten. Vorgänge wie Ravensbrück und Hoyaerwerda seien kein Zufall.

Ficinus Duvé, Bundestagsabgeordneter aus Hamburg, langjähriger Herausgeber der renommierten Buchreihe „roro-Aktuell“ und „Kunst- und Kultur-Fachmann“ der SPD, hat mit der von ihm initiierten Anhörung wie auch zuvor schon mit einem Antrag im Bundestag einen Schritt über die speziell Berliner Probleme hinausgehen wollen. Was soll werden aus den „antifaschistischen Gedenkstätten“ der ehemaligen DDR? Die Frage dorthin bei der Anhörung alle Debatte der gedrängten „Gedenkstätten Spezialisten“ in niedrigen Bierkeller der brandenburgischen Landesvertretung in Bonn. Die vielen

Fachleute, die gekommen waren, hatten sich wohl mehr wissenschaftliche Abgeordnete erhofft - auch aus anderen Fraktionen -, die sich für die künftige Präsentation der Schrecken der deutschen Vergangenheit interessieren. Die Haushaltsdebatte hatte die Polikulturgründungen und nur Signposts in den brandenburgischen Bierkeller erlaubt.

Jahrzehntelang waren die NS-Gedenkstätten quasi-religiöse Orte, an denen sich das SED-Regime selbst bediente. In den Gedenkstätten wurden Jugendweihen zelebriert, und die Darstellung des Grauens diente vor allem der Legitimierung der SED-Herrschaft. Die Zeit nach 1945 wurde als die glückliche Überwindung der Schreckensvergangenheit vor 1945 gefeiert. Die „nicht-antifaschistischen“ Opfergruppen wurden in der DDR offiziell NS-Darstellung ebenso ausgebildet wie der Sozialismus der Nachkriegszeit.

Nichts erinnert bisher an die Sonderlager, die nach 1945 auf ehemaligen KZ-Geländen eingerichtet wurden. „Ich selber hatte das zweifelhafte Vergnügen, zehn Jahre sozialistische Volkshochschule genießen zu dürfen“, beschreibt der CDU-Abgeordnete Michael Stöber aus Bad Liebenwerda seine Erfahrungen in der Bundestagsdebatte am 27. September 1991. „Im übrigen möchte ich zu der Thematik anmerken, daß uns bei der Pflichtbeachtung des Konzentrationslagers Sachverständigen, die ich als Schüler mitgestraft habe, niemand darauf hingewiesen hat, daß die dort vorhandenen Anlagen nach dem Krieg ohne Unterbrechung in gleicher Weise weiter genutzt worden sind - und das jahrelang“.

Nach Duvés Aussagen wird es künftig darauf ankommen, diese „zwei Vergangenheiten“ in der Gedenkstättenarbeit miteinander zu verbinden. Mit Blick auf den Historiker

V. Bauch
Berlin
Platz des Luftschiffes
POBELLER
GEGENÜBER
Biergarten - Sommer 1991

stich und den ewigen Vergleich Stalin - Hitler warne er aber auch vor einer „Schreckenssymptomatik“: „Für Opfer ist nichts schlimmer, als miteinander vergleichen zu werden“.

In dem SPD-Antrag wurden vier Eckdaten festgehalten: Erstens - finanziert werden sollen nur solche Mahn- und Gedenkstätten, die erkennen lassen, daß sie sowohl der Opfer des Nationalsozialismus als auch der Opfer des Sozialismus gedenken; zweitens sollen in ihnen alle Opfergruppen berücksichtigt sein und drittens soll in der Konzeption die Instrumentalisierung der Gedenkstätten durch die SED überwunden sein. Viertes sollen in ihrer personellen Besetzung die Gedenkstätten einen Neubeginn gewährleisten.

Duvé hat mit der Anhörung auch westdeutscher Selbstgerechtigkeit vorbeugen wollen. Auch in der alten Bundesrepublik dauere es lange, bis Gedenkstätten öffentlich akzeptiert und finanziert wurden. 1986 gab es 12 Gedenkstätten und rund 100 Initiativen; 1990 waren es 18 Institutionen und rund 200 Initiativen. Zusammenfassend in der Gedenkstättenarbeit fehlten die Experten einseitig ab. „Viel Wachsen hat für unsere politische Bildung - eher verheerende Auswirkungen“, kommentierte Rümp Vorschläge für zentrale Gedenkstätten in der Ex-DDR. Die Initiativen müßten von unten kommen.

Allgemeine
Jüdische
Wochenzeitung

5. 12. 1991

(K)ein Denkmal für alle Opfer

Unwürdiger Kompetenzstreit

Prinz-Albrecht-Palais im Westen im Gespräch, man ist es das Zentrum der Nazi-Herrschaft schlechthin. Zwischen Brandenburger Tor und ehemaliger Reichskanzlei, dort, wo einst der Bunker der „SS-Liebestandarte Adolf Hitler“ stand und sich das Brachgelände des ehemaligen Todesstreifens an der Mauer befand, soll nun das Denkmal entstehen.

Es wird nicht altvaieel Platz beanspruchen auf einem Gebiet, das nach dem Flächennutzungsplan sowieso Grüngebiet bleiben soll. Oberirdisch wird eine Skulptur an die Opfer erinnern, unterirdisch kann die eigentliche Gedenkstätte betreten werden. Durch einen Davidstern in der Decke soll Licht herabstrahlen und die „vier Räume der Sünde“ erhellen, in denen rein körperlich die Formen der Antisemitismus, Antijudaismus, Verfolgung und Ermordung dargestellt sein werden. Ein Raum, vollkommen leer bis auf die antisemitischen Zitate an den Wänden, wird die Täter brandmarken.

„Nie vergessen, immer wissen, was Menschen Menschen an tun können“, ist die erhoffte und erwartete Wirkung auf den Besucher. Aber noch ist das leider Zukunftsmusik.“ Denn das Grundstück in der Nähe des ehemaligen Führerbunkers ist Bundesbesitz. Man wachte sich also an das Bundesinnenministerium. Das wiederum wäre zur Umsetzung des Projektes bereit, wenn das Land Berlin die Trägerschaft übernehme, denn die Gedenkstätte erstünde und stünde schließlich in Berlin. Und Berlin beantragt: Es könne ja nicht über Grundstücke entscheiden, die in Bundesbesitz seien. Wäre es nicht so teuer, ja beachtend, ließe sich über derart kleinkarierten Kompetenzstreit herzhafte lachen.

Das Konzept ist da, ein Teil der Finanzierung aus privater Hand gesichert, weiteres Geld von deutschen Industriellen ließe sich beschaffen, wenn endlich das Erlänge zu einem längst überfälligen Denkmal für die ermordeten Juden Europas.

Adriano Göttsche

Langsam aber stetig keine der Verdacht auf, daß dieses Land ein „Denkmal für die ermordeten Juden Europas“ nicht will. Ist es wirklich so schwer, dieses Verbrechen als Teil der eigenen Geschichte zu akzeptieren? Politiker besitzen immer wieder die Fähigkeit, sich dieses Vorhaben vorstellen und begründen, aber ...

Dabei kämpfen Lea Roth und ihr „Förderkreis zur Errichtung eines Denkmals für die ermordeten Juden Europas e.V.“ seit drei Jahren mit unermüdlicher Energie um ein Mahnmal, das ausschließlich der jüdischen Opfer aus 17 Ländern Europas gedenkt. Andere Kreise, darunter der Berliner Bischof Martin Sasse und Organisationen der Sinti und Roma, befürworten eher ein Holocaust-Mahnmal für alle verfolgten Bevölkerungsgruppen, also nicht nur ex post facto für die sechs Millionen Juden, sondern gleichzeitig für die 500.000 ermordeten Sinti und Roma. Sie wenden sich entschieden gegen die Initiative des Förderkreises, dem auch Kurt Masur, Siegfried Lenz und der Daimler-Benz-Chef Edward Reuter angehören.

„Ein Denkmal für alle“, so meinte Lea Roth, „ist dann schließlich ein Denkmal für die Opfer des Faschismus“ und sagt gar nichts aus. Jede Opfergruppe habe ein Anrecht auf ihre spezifische Geschichte, die jedoch einmal anders verläuft und einen Weg herabgewandigt werden darf, aber die fast völlige Vernichtung der europäischen Judentum war „Ausgangspunkt und Probe aufs Exempel“ der Nazis.

Außerdem war der Antisemitismus das absolute Zentrum des Nationalsozialismus, der Europa zum „Friedhof der Juden“ machte, wie Raul Hilberg einmal sagt hat. Aber in dem Land, in dem die Durchführung des Mordes als industriell-Menschenvernichtung in extra errichteten Vernichtungslagern beschlossen und betrieben wurde, gibt es keine Mahn- und Gedenkstätten.

Dabei ist nicht ein Dokumentationszentrum, wie es in Wannsee existiert, gedacht. Noch vor der Maueröffnung war das Gelände des ehemaligen

SPENDENAUFTRUF

Jahrzehntelange Ausgrenzung und Diskriminierung sowie aktuelle Wirtschaftskrise und Massenarbeitslosigkeit beim gesellschaftlichen Umwälzungsprozeß in der CSFR haben hunderttausende Roma, als schwächstes Glied der Gesellschaft, in eine äußerst bedrängte, existentielle Notlage manövriert.

Roma aus der CSFR berichten: Derzeit haben tausende Roma in den Dörfern der Slowakei tagelang nichts zu essen. Kinder, Erwachsene wie die Alten besitzen meist nur das an unzureichender Kleidung und abgenutztem Schuhwerk, was sie am Körper tragen. Angesichts des kommenden Winters fehlt es am Nötigsten!

DESHALB RUFEN WIR AUF,

WINTERBEKLEIDUNG UND -SCHUHE FÜR DIE ROMA DER SLOWAKEI

ZU SPENDEN.

Die Bekleidung etc. wird vom VOLKSKONGRESS DER ROMA DER CSFR in der Slowakei vor Ort verteilt.

(Sammelpunkte für Kleiderspenden auf der Rückseite.)

Wir bitten weiterhin um

GELDSPENDEN für ROMA-SELBSTHILFE-PROJEKTE IN DER CSFR.

Mit den Spendengeldern wird der AUFBAU einer DRUCKEREI des ROMA-SCHRIFTSTELLER-VERBANDES der CSFR unterstützt, in der Roma-Literatur und Materialien zur muttersprachlichen Alphabetisierung in Romanes so kostengünstig hergestellt werden sollen, daß sie die breitesten Kreise der Roma erreichen können.

Spendenkonto: KVA Kreuzberg für Heilig Kreuz
zugunsten "ROMA-CSFR", 1000 Berlin 61,
Kto.-Nr. 88094-106, Postgiroamt Berlin(W), BLZ 100 100 10

Über den Verlauf der Spendenaktionen und über die Verwendung der Spenden wird fortlaufend und detailliert informiert werden.

Die Aktion wird unterstützt von:

AUFERSTEHUNGSGEMEINDE Friedrichshain, AUSLÄNDERARBEIT im
KIRCHENKREIS ZEHLENDORF, BEIRAT DER AUSLÄNDERBEAUFTRAGTEN IM
BEZIRK MITTE, GEWERKSCHAFT ERZIEHUNG UND WISSENSCHAFT BERLIN,
HEILIG-KREUZ-GEMEINDE Kreuzberg, INTERNATIONALE LIGA FÜR
MENSCHENRECHTE, NICODEMUS-GEMEINDE Neukölln, ÖKUMENISCHER
ARBEITSKREIS LICHTENRADE, ÖKUMENISCHES FORUM BERLIN-MARZAHN e.V.,
PAX CHRISTI Berlin, PFARR- und GLAUBEN-GEMEINDE Lichtenberg,
REGIONALE ARBEITSSTELLE AUSLÄNDERFRAGEN RAA BERLIN,
REUTER&RUSCH SIEBDRUCK Berlin, SOS RASSISMUS Berlin,
SÜHNE-CHRISTI-GEMEINDE Charlottenburg, GESUNDHEITSAMT NEUKÖLLN
Abt. Hygiene und Umweltmedizin

Sammelpunkte für Kleider-Spenden:

(Stand am 28.11.1991)

Charlottenburg:

SÜHNE-CHRISTI-KIRCHE Charlottenburg-Nord,
Küsterei, Toeplerstr. 3, 1 Bln 13, Tel. 381 34 78 u. 381 10 61
Mo, Di, Do, Fr 9-13 Uhr, Mi 15-19 Uhr, So 11-12 Uhr

Friedrichshain:

AUFERSTEHUNGSGEMEINDE Friedrichshain,
Gemeindebüro Friedrichsberger Str. 4, 1017 Bln, Tel. 4373157
Mo, Di, Do, Fr 10-14 Uhr, Di 16-18 Uhr

Kreuzberg:

ASYLBERATUNG HEILIG KREUZ, Kreuzberg 61,
Nostitzstr. 6-7, Mo, Di, Do, Fr 10 - 16 Uhr, Tel. 6914183

Lichtenberg:

PFARR- UND GLAUBEN-GEMEINDE Lichtenberg
Jacques-Duclos-Str.33, 1130 Bln, Mo, Di, Do, Fr 8-12 Uhr, Tel.5894858

Marzahn:

EVANGELISCHE KIRCHENGEMEINDE MARZAHN/NORD
Gemeindebüro, Montag-Freitag 9 - 13 Uhr
Schleusinger Str. 12, 1142 Bln, Tel. 9325035

Mitte:

REGIONALE ARBEITSSTELLE AUSLÄNDERFRAGEN (RAA)
Schumannstr. 5, 1040 Bln, Tel. 2823079, 2829627 und 2806366

Neukölln:

NICODEMUS-GEMEINDE, Neukölln 44,
Küsterei Nansenstr. 13, Di,r 9-13 Uhr, Do 16-18 Uhr, Tel.6242554

Zehlendorf:

AUSLÄNDERARBEIT im KIRCHENKREIS ZEHLENDORF,
Teltower Damm 4, 1 Bln 37, Mo-Fr 10-13 Uhr, Mo+Do 14-17 Uhr,
Tel.8014061

Weitere Sammelpunkte werden noch bekanntgegeben

Koordination und Infos über: Tel. W-624 51 68